

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lorenz,
sehr geehrter Herr Niederhöfer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Unser demokratisches Gemeinwesen ist Angriffen ausgesetzt, wie sie die Bundesrepublik bislang nicht gekannt hat. Das Vertrauen in den Staat und in seine Fähigkeiten, Lösungen für die bestehenden Herausforderungen zu finden, scheint abgenommen zu haben. Demokratie-, Staats- und Menschenverachtung sind bei vielen zu spüren.

Was hat das mit unserem Haushalt zu tun?

Die Kommune ist diejenige Ebene des Staats, mit der die Bürger zuallererst und sehr konkret in Berührung kommen. Hier kann der Staat zeigen, was Gemeinwesen bedeutet. Dass Demokratie zwar mühsam und manchmal kompliziert ist – sich aber lohnt!

Überzeugen können wir mit verlässlichen Diensten, mit solider Finanzierung, mit Transparenz und politischer Beteiligung, mit nachhaltiger Planung.

Kommunale Dienste

Insgesamt sehen wir die Gemeinde Dossenheim bei den kommunalen Diensten, wie Schulen, Kindergärten, Bürgerämtern, Verkehr, Bücherei, Sportstätten etc. qualitativ und quantitativ gut aufgestellt. Von so einem Angebot an kommunalen Diensten können andere Gemeinden in der Republik – und erst recht in anderen Ländern – nur träumen.

Finanzielle Ressourcen

Aus Sicht der Grünen ist der Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen verantwortlich und seriös. Die gesamtwirtschaftlich gute Lage unserer Republik hat uns eine komfortable finanzielle Situation beschert.

Es gibt jedoch viele zusätzliche Finanzmittel, die von der EU, dem Bund und dem Land, in Form von Wettbewerben oder projektbezogenen Mitteln ausgeschrieben werden. Sichtet die Verwaltung systematisch solche Ausschreibungen? Ja, das kostet Zeit und Personal! Aber könnte sich das nicht lohnen? Wäre das nicht etwas für die interkommunale Kooperation mit den Nachbargemeinden – man könnte sich doch Stellen teilen!

Was machen andere Gemeinden: die Städte Schönau und Heddesheim beispielsweise gehören zu den Gewinnern des landesweiten Wettbewerbes „Digitale Zukunftskommune@bw 2018“. Die zusätzlich zum Haushalt gewonnen 35.000 € werden dort zur Erarbeitung eines „Digitalen Entwicklungskonzepts“ eingesetzt. Wir verlegen Leerrohre für Glasfaserkabel – das ist gut; ist es aber auch gut genug?

Vom Leitbild zum Haushalt

In unserem Leitbild steht: „Ziele, Entscheidungen und Probleme werden aufeinander abgestimmt betrachtet, anhand dieser Leitsätze überprüft und zu einer integrierten Planung zusammen geführt.“

Wenn wir uns die mittelfristige Finanzplanung anschauen, sehen wir viele Leerstellen, insbesondere bei den Ausgaben in drei bis vier Jahren. Warum? Weil wir keine systematische Planung haben, die Leitbild, mittelfristige Finanzplanung und jährliche Haushaltsplanung zusammenbringen.

Darüber hinaus hat die Gemeinde keine überprüfbaren Ziele festgelegt, die uns anzeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Transparenz und Beteiligung

Für unsere Bürger sind frühzeitige und verständliche Information essenziell.

Ohne kompromisslose Transparenz wird politisches und Verwaltungshandeln immer der Gefahr unterliegen, nicht ausreichend Akzeptanz bei den Bürgern zu finden.

Neben Information und Transparenz sind faire Bürgerbeteiligung, die niederschwellige Ermöglichung von politischer Teilhabe, notwendig. Wir haben in Dossenheim gute Ansätze. Aber auch noch richtig Luft nach oben!

Ich verstehe immer noch nicht, warum vom Gemeinderat beim Streitpunkt 'Augustenbühl' eine repräsentative Befragung der Allgemeinbevölkerung abgelehnt wurde. Das Verfahren ist in anderen Gemeinden getestet, kostengünstig und steht der Entscheidungshoheit des Gemeinderats nicht im Wege. Hat der Gemeinderat Angst vor der Meinung der Bevölkerung?

Auf einen Nenner gebracht: um Vorbildgemeinde zu werden, müssen wir uns noch richtig strecken!

Der Haushaltsentwurf

Der vorliegende Haushalt gewährleistet eine gute Finanzausstattung sowohl für die Pflichtaufgaben als auch für die freiwilligen Aufgaben der Gemeinde. Besonders freuen wir uns darüber, dass die Verschuldung weiter abgebaut werden konnte. Steuern mussten nicht erhöht werden.

Dieses Jahr keine grünen Haushaltsanträge

Die Grünen haben dieses Jahr keine eigenen Haushalts-Anträge gestellt. Warum?

1. Wir haben keine folgenschweren „Leerstellen“ oder überzogenen Ausgaben im Haushalt entdeckt. Und wir wollen keine kleinteiligen Haushaltsanträge stellen.
2. Viele bereits erteilte Aufträge und Anregungen an die Verwaltung warten noch auf Erledigung:
 - a. Die Erarbeitung und Umsetzung des Sanierungskonzepts für das Rathaus.
 - b. Die Ausarbeitung und Umsetzung des Mobilitätskonzepts zum innerörtlichen öffentlichen Verkehr.
 - c. Die Umsetzung des Verkehrskonzepts für Radfahrer und Fußgänger.
 - d. Ein Wiederbeschaffungskonzept für den Gemeindefuhrparks mit Vorrang für emissionsfreie

- Fahrzeuge.
- e. Die Entwicklung eines Lehrmittel-Beschaffungskonzepts, damit 2019 auf Mittel des noch abzuschließenden Digitalpakts zugegriffen werden kann.
 - f. Die und Anpassung und Umsetzung des Lärmaktionsplans. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom Juli 2018, das feststellt, dass deutlich geringere Grenzwerte als bisher zu Grunde gelegt werden können.
 - g. Und wie wäre es mit einer Digitalisierungsstrategie – siehe Schönau!
3. 2019 muss die Haushaltsführung von der Kameralistik auf die Doppik umstellen (Doppik: „**doppelte Buchführung in Konten**“). Ziel der Doppik ist es, sowohl einen Überblick über den betriebswirtschaftlichen Erfolg als auch über den Vermögens- und Verbindlichkeitsstand der Gemeinde zu bekommen. Das macht viel Arbeit, bietet aber auch Chancen für zielgerichtetes Wirtschaften.
 4. Nächstes Jahr stehen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen an. Wir möchten, dass der politische Gestaltungsspielraum der Gewählten nicht eingeschränkt wird.

Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2019

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem vorliegenden Haushalt 2019 zustimmen.

Wir möchten schon an dieser Stelle allen Angestellten und Beamten, ehrenamtlich tätigen Mitbürgern, insbesondere den Frauen und Männern der Feuerwehr, Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen, Gewerbetreibenden und Betrieben herzlich für Ihre Arbeit und Ihren Einsatz im letzten Jahr danken!

Ausblick

Aus dem oben Gesagten ergeben sich für uns folgende Schlussfolgerungen:

- 1) Die Erarbeitung eines Gemeindeentwicklungsplans, eines **Masterplans für Dossenheim**, ist notwendig. Dossenheim braucht einen Umsetzungsplan, der zielorientiert die Verbindung zwischen unserem Leitbild, der mittelfristigen Finanzplanung und dem jährlichen Haushalt herstellt. Dieser Masterplan für Dossenheim sollte einen 5-Jahreszeitraum umfassen.
- 2) Möglicherweise brauchen wir externe Unterstützung zur Aufsetzung eines solchen Plans. Insbesondere bei der dazu notwendigen Bevölkerungsbeteiligung.
- 3) Ein Masterplan für Dossenheim braucht **konkrete Ziele**. Was bedeutet es, Dossenheim zu einer ökologischen Vorbildgemeinde zu machen?
- 4) Dossenheims Entwicklungsziele sollten mindestens folgende Bereiche umfassen:
 - Klimaschutz und Erhalt unserer natürlichen Ressourcen,
 - ökologischen Transformation, insbesondere von Verkehr und Infrastruktur,
 - soziales Miteinander in Anbetracht des demographischen Wandels,
 - Digitalisierung und wirtschaftlichen Entwicklung.
- 5) Das Thema **bezahlbarer Wohnraum und demographischer Wandel** bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Was bedeutet es konkret, wenn unser Leitbild festlegt: „Wir pflegen Dossenheim als Wohngemeinde, in der Menschen aller Generationen gerne leben, weil ihre besonderen Bedürfnisse erfüllt werden“. Jeder weiß, dass der Immobilienmarkt nicht den Bedarf derer deckt, die sich keine teuren Einfamilienhäuser leisten können. Wie wirkt sich der demographische Wandel auf den Bedarf und Bestand an Wohnraum aus? Wir brauchen eine Zielgruppen-orientierte Wohnraumplanung, für Studenten, für Senioren, für weniger Betuchte. Viele Senioren beispielsweise, die allein in großen Häusern oder Wohnungen leben, würden gerne in ihrem Umfeld in kleinere Einheiten mit altersgerechter Ausstattung umziehen.

Wir erinnern – sozusagen aus aktuellem Anlass und als Extraservice insbesondere für die FDP – an die Untersuchung ‚Ein Leben lang in Dossenheim‘, von Dr. Rott und Dr. Mehne. Diese Untersuchung hat 2015 die

Vorstellungen der Senioren in Dossenheim auch zum Wohnen im Alter untersucht. Ich zitiere Folie 6: „Die in letzter Zeit geschaffenen Wohnraumangebote werden zukünftig für viele nicht mehr bezahlbar sein“. Folie 12: „Die über 75-Jährigen, ... können sich wegen der zeitlich absehbaren Nähe zu Gebrechlichkeit und Hilfsbedürftigkeit eher mit dem Gedanken an ein Pflegeheim vertraut machen. Schon deshalb, weil sie für sich in Dossenheim noch keine anderen Möglichkeiten sehen“. Folie 16 zeigt, dass **nur 47 % der über 75-Jährigen in ihrer eigenen Wohnung bleiben möchten, wenn im Alltag Unterstützung notwendig wird, z. B. durch Pflegedienst!** Weiter in Folie 16: „Kommunale Beratungsangebote und finanzielle Fördermöglichkeiten bei Umbaumaßnahmen in altersgerechte, barrierearme Wohnungen müssen gefördert werden“.

Zentrale Aufgabe der Gemeinde ist also die Innenentwicklung als Werterhaltung des Bestands an Wohnraum. Dossenheim könnte hier selbst viel aktiver werden!

Wir Grüne regen daher an, gemeinsam mit den Nachbargemeinden ernsthaft darüber nachzudenken, ob es Sinn macht, eine interkommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Eine interkommunale Wohnungsbaugesellschaft könnte die Bau-Verwaltungen der Gemeinden entlasten, Planungsrecht intelligent einsetzen, vor allem zentral gelegene Grundstücke aufkaufen und preiswerte, zielgruppengerechte Wohnungen selbst bauen und vermarkten!

Bei der Feuerwehr funktioniert die interkommunale Zusammenarbeit doch bereits jetzt schon hervorragend!